



EU/EP: Finanzmarkt

Straßburg, 7. Juli 2010

## PRESSEMITTEILUNG

### **Jutta HAUG: "Die EU muss ihre Verantwortung für europäische Finanzmärkte wahrnehmen!"**

"Die EU ist auf eine starke Finanzaufsicht angewiesen - nicht national, sondern europäisch - um zukünftige Krisen zu vermeiden", stimmte **Jutta HAUG**, SPD-Abgeordnete und Ständige Berichterstatterin für dezentrale Agenturen im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments, der Mehrheit der Abgeordneten zu. Die Position des Parlaments zum Aufsichtspaket heute abgestimmt - die Schlussabstimmung allerdings vertagt, um die Möglichkeit einer zeitnahen Einigung mit dem Rat offen zu halten. "Damit geben wir der neuen belgischen Ratspräsidentschaft Gelegenheit, die Blockade innerhalb der Mitgliedsstaaten zu überwinden. Der Bundesminister Schäuble und der Ministerrat ist seiner Verantwortung bei der Regulierung der Finanzmärkte bisher nicht nachgekommen", so **Jutta HAUG**.

Die sozialdemokratische Fraktion machte sich gemeinsam mit einer großen Mehrheit im Parlament für eine europäische Antwort auf die Krise stark. Drei neue Behörden sollen in Zukunft Banken, Versicherungen und den Wertpapierhandel in Europa überwachen. Nach dem Willen des Parlaments werden sie im Notfall auch direkte Anweisungen an Marktteilnehmer geben können, falls die zuständigen nationalen Behörden nicht aktiv werden. Darüber hinaus sollen sie bei Gefahr im Verzug auch einzelne Finanzprodukte, die etwa die Interessen der Sparer nachhaltig gefährden, verbieten können. Grenzüberschreitende Finanzinstitute, die ein potentes Risiko für das gesamte Finanzsystem darstellen, sollen in Zukunft grundsätzlich der europäischen Aufsicht unterstehen.

"Auch im Rahmen der Eigenkapitalrichtlinie kann die EU einen Teil dieser Verantwortung wahrnehmen", ist **Jutta HAUG** überzeugt und fügte hinzu: "Es ist höchste Zeit, dass der Bonuswahnsinn im Bankenwesen ein Ende findet". Kurzsichtige Vergütungsanreize hatten die Risikobereitschaft von Finanzmanagern im Vorfeld der Krise erheblich befördert. Der ebenso heute vom Plenum verabschiedete Gesetzesentwurf sieht vor, dass ab 2011 40 Prozent der Boni zunächst einbehalten werden müssen - der verbleibende Anteil kann dann je nach mittelfristiger Geschäftsentwicklung ausgezahlt oder gekürzt werden. Zudem muss jedes Finanzinstitut das Verhältnis zwischen Boni und Gehalt gemäß europäischer Vorgaben definieren und Details veröffentlichen. Auch konnten die Sozialdemokraten durchsetzen, dass staatlich unterstützte Banken zunächst keine Manager-Boni zahlen dürfen.

"Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass die vorhandenen Sicherheitspuffer nicht ausreichen. Die neuen Regeln sollen sicherstellen, dass die Steuerzahler bei der nächsten Krise nicht erneut die Zeche für das Versagen der Manager zahlen", hebt **Jutta HAUG** hervor.

*Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.: +32 228 47595*